

täles blick

Kommunales Blatt für Allmersbach — Bruch — Cottenweiler — Aichholzof — Heutensbach — Oberweissach — Unterweissach
Wattenweiler. Herausgegeben vom SPD-Ortsverein Weissacher Tal.

Nr. 24 — September 2003



Kreistagsdebatte in der Seeguthalle

Schrumpfkrankenhaus in Backnang?



Gesundheitswesen der III. Welt verwendet. Ein Gutachter soll jetzt Vorschläge machen. Es wird auf jeden Fall eine Verschlechterung im Vergleich zum bisherigen Leistungsangebot geben.

Die SPD befürwortet dagegen nach wie vor den gleichwertigen Erhalt aller drei Standorte mit fachlich sinnvoller Schwerpunktbildung. Ihr Sprecher, der Weissacher Kreisrat Jürgen Hestler bezeichnete die Idee, in Backnang lediglich ein Krankenhaus der Grund- und Notfallversorgung zu bauen als „einen durchsichtigen Versuch, die Backnanger vorläufig ruhig zu stellen, einen Neubau durchzu-

„ZP“ (Zentralkrankenhaus in Waiblingen und Portalkrankenhaus in Backnang) mit Kosten in Höhe von 250 Mio EUR. Dies sei seriös nicht zu finanzieren.

Die von der SPD favorisierte Variante „C“ (Erhalt der drei Krankenhäuser mit jeweiliger Schwerpunktbildung) koste dagegen nur ein Fünftel, biete so viel wie ein Zentralkrankenhaus, würde von den Bürgern akzeptiert und sei ein variabler Anknüpfungspunkt für alles was uns die Gesundheitsreform noch bringen mag!

Inzwischen hat auch die Ärzteschaft im Raum Backnang sich für diese Variante ausgesprochen. Die Backnanger Mediziner befürworten ein Haus der Grund- und Regelversorgung, das aber vom medizinischen Angebot her durchaus einem Haus der Zentralversorgung das Wasser reichen kann.

Der Kreistag hat sich darauf verständigt, alle Varianten nochmal zu prüfen und im Herbst eine Entscheidung zu treffen. mk

Auch nach der Juli-Kreistags-sitzung in der Seeguthalle ist der Erhalt des Backnanger Krankenhauses nicht in trockenen Tüchern. Zwar haben alle Fraktionen erklärt, den Bürgerprotest der Bevölkerung im Backnanger Raum ernst zu nehmen und den Standort Backnang zu erhalten. Aber der Teufel liegt wie so oft im Detail. Der Landrat und die CDU-Mehrheit wollen einen Neubau eines Zentralkrankenhauses in Waiblingen und lediglich ein so genanntes Portalkrankenhaus in Backnang. Was das sein soll, weiß niemand so recht. Bisher wird der Begriff nur im

drücken und dann das Backnanger Schrumpfgelände wegen Unwirtschaftlichkeit sterben zu lassen“. Die vom Landrat und der Mehrheitsfraktion vorgeschlagene Variante sei lediglich Morphium für eine langsam sterbende Klinik in Backnang.

Er übte heftige Kritik an den Zahlenspielerien, mit denen Krankenhausleitung, Landrat und die Gutachter dem Kreistag und der Öffentlichkeit weiß machen wollen, dass ein Neubau sich fast von selbst finanzieren würde. Er rechnet für die jetzt vom Landrat und der CDU vorgeschlagenen Variante

Inhalt

Seite

Ortsvereinsleben	2
Landwirtschaft riecht	2
Allmersbach liegt richtig	2
Generationengerechtigkeit	3
Agenda 2010	4
Kommunen in Not	5
AWG in der Kritik	6
IBM-Chef Staudt kommt	7
Die Pisa-Studie	8
Roter Stuhl	8



Robert Antretter, Vorsitzender des Bundesverbandes der deutschen Lebenshilfe bei seinem Festvortrag zum Lichtmesseempfang der SPD

(Orts)vereinsleben



Gäste beim Lichtmesseempfang der SPD



Zufriedene Gastgeber beim Lichtmesseempfang der SPD im Bürgerhaus



Geehrte Mitglieder bei der Jahresversammlung im Dorfgemeinschaftshaus in Heutensbach



Roter Stuhl mit Walter Riester in der Seniorenbegegnungsstätte

Nachbar(n)streit mit Ungeheuerhof

Landwirtschaft riecht halt ...

Weissach ist ein Dorf. Zu einem Dorf gehört Landwirtschaft. Landwirtschaft riecht. Und das ist gut so!

Mehr ist eigentlich zu dem skurrilen Streit zwischen einem Weissacher Bürger und Landwirt Fritz Benignus vom Ungeheuerhof nicht zu sagen.

Oder vielleicht doch!

Seien wir froh, dass es trotz ungünstiger ökonomischer Rahmenbedingungen im Weissacher Tal und in

dukten abkaufen und muss ertragen, wenn's mal stinkt. Wer biologisch angebautes Gemüse will, muss zulassen dass der Gemüsebauer in Cottenweiler seine Produkte auch verkaufen kann. Wer Milch trinkt, muss akzeptieren, dass die Rindviecher nicht nur Milch sondern auch viel Soich von sich geben. Und der stinkt halt, wenn man ihn auf die Felder verteilt. Es sei denn, man verarbeitet ihn in einer Biogasanlage. Aber da

StZ vom 04.08.03

Einem Anwohner in Weissach stinkt's ganz gewaltig

Wieder Ärger wegen des Klärschlammaglers von Stadtrat Hans-Friedrich Benignus auf dem Ungeheuerhof bei Racknang

der Backnanger Bucht immer noch Menschen gibt, die es auf sich nehmen, einen landwirtschaftlichen Betrieb umzutreiben. Wie arm wären wir dran, wenn die übriggebliebenen Landwirte auch noch aufgeben. Also leisten wir unseren Beitrag dafür, dass es auch künftig Bauern gibt, die von ihrem Hof leben können.

Wer das will, muss ihnen die Pro-

gibt's dann auch wieder Widerstand und Drohungen mit Fachanwälten, wie vor Jahren auf dem Dresselhof.

Zur ländlichen Idylle gehört auch die Gülle. Und Mist. Und Klärschlamm auf den Feldern.

Wem das stinkt, muss die Fenster zu machen. Oder in der entsprechenden Zeit Urlaub machen. In Stuttgart in der Hauptstätter Straße zum Beispiel. he

Getrennte Wassergebühren?

Allmersbach liegt richtig

Nach dem Supersommer wird die Rechnung präsentiert. Und alle Gartenbesitzer bekommen einen Schreck – wenn sie ihren Wassergebührenbescheid in den Händen halten.

Aber was blieb einem auch anders übrig. Irgendwie musste man den Garten doch über die heiße Zeit retten. Wer also fleißig gegossen hat, zahlt dafür. In doppelter Hinsicht: Einmal für das Frischwasser ... zum andern für das Abwasser. Obwohl das ja im Garten versickert ist. Viel zu schnell im übrigen.

Immer mehr Bürger regen sich darüber auf und fragen sich, warum sie für Abwasser zahlen sollen, das gar nicht angefallen ist. Sie denken auch darüber nach, warum ein Mitbürger der sein ganzes Anwesen versiegelt, spricht betoniert oder gepflastert

hat, keine (Abwasser-)Gebühren zahlt. Zumindestens dann wenn er seine „Schlacht“ nicht abgespritzt hat. Und sie fragen sich, warum es von der Gemeinde nicht finanziell honoriert wird, wenn sie kostbares Regenwasser in einer Zisterne auffangen und damit die Kläranlage schonen.

Die Gemeinde Allmersbach im Tal will nun diese Kritik aufgreifen und lässt Methoden entwickeln, wie man Frischwasser und Abwasser getrennt in Rechnung stellen kann.

Man kann diesen Ansatz nur zur Nachahmung empfehlen. Auch wenn es nicht ganz einfach sein wird, die Menge des Abwassers zu berechnen. Denn man kann ja schließlich keine (Ab-)Wasseruhr in die Kandel einbauen. ih

SPD-Kreisparteitag zum Thema Generationengerechtigkeit

Muss künftig ein 85-jähriger seine neue Hüfte selber zahlen?

Diesen Sommer hat der Bundesvorsitzende der Jungen Union, Philipp Mißfelder, versucht, das Thema der Generationengerechtigkeit zur Selbstvermarktung zu nutzen. Mit seinem Vorschlag, Senioren die Hüftprothesen wegzusparen, hat das „Milchgesicht der JU“ (so BILD) zumindest eins erreicht: Ihn kennt jetzt jeder und bei dem Thema Generationengerechtigkeit fühlt sich nun jeder ältere Bürger peinlich berührt und bangt um seine Hüfte. Doch was ist diese ominöse Generationengerechtigkeit überhaupt? Müssen wir sie fürchten, weil sie fortan als Totschlagargument gegen Rentnerhöhungen und Hüftprothesen angeführt werden könnte? Im Gegenteil! Unter Generationengerechtigkeit versteht man die gerechte Verteilung von Lebenschancen der Generationen untereinander. Die zukünftigen Generationen sollen ebenso wie die jetzigen Generationen es taten in einer gerechten Welt aufwachsen können.

Was meiner Vorstellung von moderner Gerechtigkeit entspricht möchte ich an verschiedenen Beispielen kurz aufzeigen.

1.) Krieg + Frieden

Die Frage nach Krieg und Frieden ist für mich die zentralste wenn es um die Zukunft junger Menschen geht. Wie sieht die Welt von morgen aus? Wie können wir es erreichen, dass unsere Kinder gerecht in einer sicheren Welt aufwachsen? Die Welt ist im Wandel und nicht mehr so leicht einzuteilen wie früher. Der Ost-West-Konflikt wurde durch einen Konflikt der Kulturen ersetzt. Die Versöhnung dieser verschiedenen Kulturen erreichen wir eben nicht Krieg und Gewalt. All unsere Bemühungen und Anstrengungen müssen in Friedensprozesse investiert werden, die diese Welt sicherer machen. Das wäre gerecht.

2.) Umwelt

Zunehmende ökologische Großkatastrophen, sich häufende Öltan-

kerunglücke und die damit einhergehende Verschmutzung unserer Meere, das unaufhaltsam erscheinende Waldsterben und die krasse Erderwärmung durch CO₂ Emissionen werden ihren Tribut von der Natur fordern. Gerecht wäre es, wenn wir auch zukünftigen Generationen ein selbstbestimmtes Leben ermöglichen, das eben nicht durch gravierende Umweltschäden beeinträchtigt ist.

3.) Rente + Gesundheit

Der Generationenvertrag ist am Ende. Die jetzt arbeitende Bevölkerung kann nicht länger die Rentner finanziell unterhalten. Zur Zeit zahlen 4 Arbeiter einen Rentner; 2030 werden es nur noch 2 sein. „Die Rente ist sicher!“ so Blüm — wohl kaum!



Kontakt: www.jusos-bk.de

Michael Wagner
Jahnstraße 1
71549 Auenwald
Tel. 07191/57713

Auch das Gesundheitssystem ist krank. Schwer krank sogar. Die Ausgaben steigen ins Unermessliche und können schon bald nur noch von den Reichen bezahlt werden. Jede und jeder muss auch in Zukunft unabhängig vom Alter und vom Einkommen die notwendigen medizinischen Behandlungen erhalten können.

Wir müssen das Renten- und Gesundheitssystem jetzt umbauen, damit zukünftige Generationen ein ebenso gutes und sozial abgesichertes Leben führen können wie

wir heute. Das wäre gerecht.

4.) Bildung

Das Leben darf nicht durch Geburt und Herkunft bestimmt sein. Deshalb müssen wir Bildung für jeden ermöglichen; der wichtigste Rohstoff dieses Landes sind die Köpfe unserer Kinder! Bildung bestimmt maßgeblich über die Zukunft der nächsten Generationen und über die Zukunft dieses Landes. Deshalb muss Bildungspolitik einen höheren Stellenwert erhalten und die Ausgaben hierfür erhöht werden. Nur so ist auch in Zukunft innovative Wissenschaft und Forschung in und durch dieses Land möglich. Das wäre gerecht.

Zum Begriff Gerechtigkeit gehört es also auch, die Chancen und Lasten gerecht zwischen den Generationen zu verteilen. Nur so können wir den Krieg der Generationen verhindern, den manche heraufbeschwören.

Mit diesem Artikel möchte ich zum Nachdenken anregen. Zum Nachdenken darüber, was jeder Einzelne von uns dafür tun kann, dass zukünftige Generationen in einer gerechten Welt aufwachsen. Das ist mein Verständnis von Generationengerechtigkeit und nicht das Einsparen von Hüftgelenken.

Ich freue mich, dass die Kreis-SPD das genau so sieht und auf Anregung der Jusos das Thema auf ihrem nächsten Parteitag am 24.10.03 in Aspach diskutieren will. mw



Die Bildungspolitik ist in Schiefelage

Einfach nein sagen reicht nicht...

Zur Zeit ist es nicht einfach, sich öffentlich zur SPD zu bekennen. Viele sind sauer auf die SPD.

Gewerkschaftler, weil ihnen die Kürzungen bei der Arbeitslosenhilfe und beim Krankengeld nicht schmecken; Unternehmer, weil die Regierung sie einer Mindestbesteuerung unterziehen will; Anwält-

Streitpunkt 1: Subventionsabbau

Herbst 2002: Die neugewählte rot-grüne Bundesregierung will mit einem Steuervergünstigungsabbaugesetz einen großen Teil der Subventionen kappen. Das Sparvolumen hätte sich auf 15 Mrd € aufsummiert. Betroffen waren alle Bevölkerungsgruppen, vom Blumenverkäufer über den Häuslesbauer bis zum Großunternehmer.

Unter dem Motto „Subventionsabbau ist ein verkappte Steuererhöhung“ wird eine fulminante Kampagne – allen voran BILD und die jeweils betroffenen Lobbygruppen – gegen die insgesamt 42 Einzelmaßnahmen inszeniert. Die CDU springt auf diesen Zug auf und lehnt mit ihrer Mehrheit im Bundesrat 41 der 42 Maßnahmen ab. Dass sie im Wahlkampf einen solchen Subventionsabbau gefordert hat, interessiert nicht mehr. Die Haushaltsprobleme werden größer. Die CDU ist im demoskopischen Hoch.

te, Architekten und sonstige Freiberufler, weil sie künftig Gewerbesteuer zahlen sollen; Beamte, die Kürzungen beim Urlaubs- und Weihnachtsgeld schlucken müssen; Arbeitnehmer, denen man neue Gesundheitskosten aufbürdet und die Pendlerpauschale kürzt; Häuslesbauer, die keine Eigenheimzulage mehr bekommen sollen; Arbeitslose, die man unter ho-

Streitpunkt 2: Arbeitslosengeld II

Frühjahr 2003: Im Rahmen der Agenda 2010 schlägt die Regierung vor, die Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes zu begrenzen und für Langzeitarbeitslose und erwerbsfähige Sozialhilfeempfänger das so genannte Arbeitslosengeld II einzuführen. Mit dieser Maßnahme soll zweierlei erreicht werden: einmal soll der Trend zur Frühverrentung gestoppt werden; zum andern soll die Betreuung von Arbeitslosen und erwerbsfähigen Sozialhilfeempfänger in einer Hand gebündelt werden. Bezieher von Arbeitslosengeld II haben künftig nur noch einen Ansprechpartner in den Jobcentern der neustrukturierten Bundesanstalt für Arbeit. Kein Arbeitsloser soll mehr zum Sozialamt gehen müssen.

Die CDU will die Maßnahme über den Bundesrat stoppen. Sie will die Zuständigkeit für Empfänger von Arbeitslosengeld II auf die Kommunen übertragen.

hen Mobilitätsruck setzt; Sozialhilfeempfänger, die jetzt fast jede Arbeit annehmen sollen; Handwerksmeister, deren Privilegien man lockert; Rentner, denen man keine Renten-



Wetten, dass die CDU im Bundesrat alles blockiert!



Wozu haben wir denn unsere Politiker?!

erhöhung mehr versprechen kann.

Die SPD ist in der Wählergunst auf 30 % abgesackt. Die Mitgliederzahl schrumpft. Das tut weh. Vor allem, wenn langjährige Weggefährten die SPD verlassen.

Aber gibt es eine Alternative zu den eingeleiteten Maßnahmen? Ich fürchte nein. Wir müssen unseren Sozialstaat umbauen ... schnell und an mehreren Stellen gleichzeitig ... eine Operation am offenen Herzen sozusa-

(Fortsetzung auf Seite 5)

Streitpunkt 3: Vorgezogene Steuerreform

Frühsommer 2003: Die Bundesregierung schlägt vor, die für 2005 geplante nächste Stufe der Steuerreform vorzuziehen. Die Entlastung für Bürger und die Wirtschaft würde sich dann auf insgesamt 21,8 Mrd € belaufen. Mittelständische Unternehmen würden 10 Mrd € weniger zahlen. Die einmaligen Einnahmeausfälle sollen durch eine Mischung aus Kreditaufnahme, Privatisierung von Bundesvermögen und durch Subventionsabbau ausgeglichen werden.

Die CDU will die Maßnahme über den Bundesrat stoppen. Ihr passt die neuerliche Kreditaufnahme nicht. Sie will das Ganze über Subventionsabbau finanzieren. Eine Maßnahme, die sie vor ein paar Monaten publikumswirksam abgelehnt hat.

(Fortsetzung von Seite 4)

gen oder eine Reparatur bei laufenden Motor, wem dieser Vergleich besser gefällt.

Eigentlich weiß das jeder. Nur eingestehen wollen sich viele das nicht.

Oder hat irgend jemand ernsthaft geglaubt, dass bei der Gesundheitsreform, der Rentenreform oder bei der Reform der Arbeitslosenhilfe nachher alle besser da stehen. Der Kuchen, der verteilt werden kann, ist kleiner und die Esser sind mehr geworden.

Die Opposition hat's da leicht. Sie lehnt einfach alles ab. Die Meinungsumfragen geben ihr scheinbar recht.

Aber einfach nein sagen reicht nicht mehr. Auch wenn die Verlo-

ckung groß ist, damit kurzfristig Wählerstimmen zu ködern. Irgendwann wird die Rechnung präsentiert werden.

Die Agenda 2010 ist sicherlich in vielen Bereichen noch Stückwerk. Das kann gar nicht anders sein. Das deutsche Haus muss unter Zeitdruck in fast allen Stockwerken umgebaut werden. Und die Bewohner fühlen sich belästigt und verunsichert.

Niemand kann dafür einen fertigen Umbauplan aus der Schublade ziehen. Die Regierung hat nun vorgelegt. Der Wettbewerb um bessere Ideen ist eröffnet. Man mag das Reformchaos nennen. Wir nennen es Mut zur Veränderung.

he

Kürzungsszenario im Weissacher Gemeinderat

Kommunen in Not

Die Förderung der Vereine wird reduziert, die Pauschalen für die Kindergärten und die Schulen werden gekürzt, für den freiwilligen Französischunterricht an Grundschulen wird eine Gebühr erhoben, die Ortsbücherei erhebt eine Lesegebühr, für kulturelle Veranstaltungen gibt's kein Geld mehr, der Blumenschmuck wird weniger, die Pflege der Kinderspielplätze auf das absolut Notwendige zurückgefahren, bei der Altenweihnachtsfeier, bei der Sportlerehrung und beim Partnerschaftskomitee wird kräftig gespart, die Vereine zahlen Gebühren für die Hallenbenutzung und für die Gebäudeunterhaltung, die Feldwegeunterhaltung und anderes mehr werden Haushaltssperren verfügt.

Dies ist nur ein Auszug aus eine Kürzungsszenario, das im Weissacher Rathaus diskutiert wird. Insgesamt soll mit diesen Maßnahmen 284.000 EUR eingespart werden.

Nicht berücksichtigt sind allerdings dabei, dass die Bundesregierung die Kommunen kräftig entlasten will. Denn Weissach ist nicht die einzige Gemeinde, deren finanzielle Situation angespannt ist. Alle haben über ihre Verhältnisse gelebt.

Mit der Reform erhalten die Kommunen zusätzliche Finanzmittel von 5 Milliarden Euro jährlich. Zum einen müssen die Kommunen bzw. die Kreise künftig nicht mehr für die Sozialhilfezahlungen an erwerbsfähige Sozialhilfeempfänger aufkommen. Zum andern wird die Gewerbesteuer umstrukturiert. Künftig müssen auch Freiberufler zahlen. Sie können dies aber mit ihrer Einkommensteuer verrechnen. Die Gemeinden bekommen zusätzlich einen Anteil an der Umsatzsteuer.

Umstritten ist noch, ob die neue Gemeindefinanzierungssteuer eine reine Gewinnsteuer sein soll oder ob auch regelmäßige Einnahmen wie Mieten oder Leasingraten miteinbezogen werden sollen. Letzteres fordern die Spitzenverbände der Städte und Gemeinden.

Ob die Reform bis zum 1.1. 2004 in Kraft treten kann, hängt stark von der CDU ab. Sie kann über ihre Bundesratsmehrheit alles blockieren. Offensichtlich geht man im Weissacher Rathaus davon aus, dass dies so kommen wird. Denn sonst könnte man ja noch ein wenig zuwarten und die Entlastungen in die Haushaltsplanung einfließen lassen. Vielleicht sind dann ja gar keine Kürzungen mehr notwendig.

Man kann nur hoffen, dass die zahlreichen CDU-Bürgermeister im Lande noch Einfluss in ihrer Partei haben. ih

Streitpunkt 4: Rente

Spätsommer 2003: Die von der Regierung eingesetzte so genannte Rürup-Kommission hat ihre Vorschläge zur Sicherung der Renten unterbreitet. Darin wird u.a. vorgeschlagen, das gesetzliche Renteneintrittsalter bis 2035 auf 67 Jahre zu erhöhen. Dies würde bedeuten, dass Menschen ab dem Jahrgang 1970 – also die heute 33-Jährigen – erst mit 67 ohne Abschläge in Rente gehen kön-

nen. Vorgesehen ist auch, das Rentenniveau und die jährliche Rentenanpassung zu senken. Mit diesen Maßnahmen sollen die Renten sicher gemacht werden.

Nach Aussage von CSU-Chef Stoiber wird die Union diese Vorschläge im Bundesrat ablehnen, obwohl die von der CDU eingesetzte so genannte Herzog-Kommission zu ähnlichen Vorschläge kommt.



Der stellvertretende Vorsitzende der Rürup-Kommission Prof. Dr. Dr. Lauterbach (auf dem Bild links bei einer Informationsveranstaltung mit MdB Christian Lange und dem SPD-Kreisvorsitzenden Jürgen Hestler)

Immer wieder Ärger mit den Teppichböden

Es sind oft die kleinen Dinge, über die sich die Bürger ärgern. Über Teppichbodenreste zum Beispiel.

Jüngst geschehen in Weissach. Der Nachbar hat seinen alten Teppichboden rausgerissen und wollte ihn vorschriftsgemäß entsorgen. Ein Anruf bei der AWG und die Sache schien geritzt. Aber halt nur zum Teil.

Ein ganzer Teppich, schön auf Rolle aufgewickelt, ist wohl nicht das Problem. Das übernimmt die Sperrmüllabfuhr. Aber was ist, wenn der alte Teppichboden nicht am Stück rauszureißen war ... wenn er zu Kutter zerfallen ist?

Pech gehabt, kann man da nur sagen. Kein Fall für den Sperrmüll mehr. Dies ist Restmüll. Und wenn die schwarze Tonne noch so voll ist.

Bleibt nur eins: Aus den Teppichbodenresten mit Hilfe von Tesakrepp, Spucke und viel Fantasie eine möglichst sperrige Rolle formen, die Kleinteile wie bei einem Krautwickel einwickeln und hoffen, dass die Sperrmüllabfuhr nicht so genau hinschaut.

Antwortschreiben auf eine Anfrage an die AWG

Sehr geehrter Herr Hestler,

ich beziehe mich auf Ihre Mail vom 29. Juli 2003.

Die Mitarbeiter der AWG und des Landratsamtes, die mit dem erbosten Bürger sprachen, haben ihm die seit vielen Jahren gültige Rechtslage erklärt.

In der vom Kreistag beschlossenen Abfallwirtschaftssammlung ist Sperrmüll unter § 5 Abs. (3) definiert als "feste Abfälle, die wegen ihrer Sperrigkeit, auch nach zumutbarer Zerkleinerung, nicht in die im Entsorgungsgebiet vorgeschriebenen Behälter passen, und getrennt vom Hausmüll eingesammelt und transportiert werden."

Dieser Regelung entsprechend ist es seit vielen Jahren bei der Müllabfuhr Praxis, dass Kleinteile, die in Säcken oder Kartonagen beim Sperrmüll bereitgestellt sind, nicht mitgenommen werden.

Lediglich bei sehr geringen, völlig untergeordneten Mengen, wird aus Kulanz auch einmal ein bereitgestellter Sack als Sperrmüll entsorgt.

Wenn bei der Sperrmüllabfuhr sehr großzügig alles mitgenommen würde, was die Bürger loswerden wollen, müssten zahlreiche sinnvolle Regelungen der

Abfallwirtschaftssatzung geändert werden. Dies hätte zur Folge, dass Konsequenzen beim Umweltschutz (Wertstoffe, Sonderabfälle, Asbest, behandelte Hölzer), bei der Vertragsausgestaltung mit den Entsorgungsunternehmen und nicht zuletzt bei der Gebührenerkalkulation zu Bedenken wären.

Eine großzügige Praxis bei kleingeschnittenen Teppichbodenresten würde präjudizieren, dass auch Kleinteile wie Kinderspielzeug, Haushaltsgegenstände oder Stoffreste und Lumpen bei der Sperrmüllabfuhr mitgenommen werden müssten.

In der täglichen Beratungsarbeit können diese Argumente den Bürgern in den allermeisten Fällen überzeugend vermittelt werden. Wenn man dann doch die im Vergleich in der Region sehr günstigen Müllgebühren berücksichtigt denke ich, dass man die gängige Praxis beibehalten könnte.

Sollten Sie weitere Fragen oder Anmerkungen haben, steht Ihnen das Team der AWG selbstverständlich gerne zur Verfügung.

Mit freundlichem Gruß

Rudolf Willi

Abteilungsleiter Sammlung und Transport

www.spd.de



Nach bisher unbestätigten Informationen plant die Stabstelle gegen Rechtsextremismus beim Landrat überall dort, wo es zu rechtsextremen Übergriffen kommt, folgende Warntafel aufzustellen. In Weissach kommen dafür die evangelische Kirche und die Asylbewerberunterkunft in der Welzheimer Straße in Betracht.

Es geht auch menschlich

SPD

Impressum

Redaktion: Jürgen Hestler (he),
Manfred Krupkat (mk)

Layout: Manfred Krupkat (mk)

An dieser Ausgabe haben außerdem mitgearbeitet: Reinhard Heinkel (rh), Irmgard Hestler (ih), Ulrich Noack (un), Anneliese Senss (as), Michael Wagner (mw)

V. i. S. d. P. und Redaktionsanschrift:

Jürgen Hestler, Liebigstraße 27,
71554 Weissach im Tal

Tel.: 07191/53982 - Fax: 54429,

e-mail: hestler@t-online.de

Bankverbindung

SPD Weissacher Tal:

Konto 2 964 007 Volksbank Backnang

Auflage: 5000

Druck: Schlichenmaier

Topmanager auf dem Roten Stuhl

IBM-Chef Erwin Staudt kommt ins Weissacher Tal



Ein wenig stolz sind sie schon, die Macher des Roten Stuhls des SPD-Ortsvereins Weissacher Tal. Es ist ihnen gelungen einen Topmanager der deutschen Wirtschaft ins Weissacher Tal zu holen.

Der ehemalige Vorstandsvorsitzende und designierte Aufsichtsratschef von IBM-Deutschland Erwin Staudt wird der 26. Ehrengast auf dem Roten Stuhl sein. Er war bis zum Januar 2003 Chef von insgesamt 25.000 Beschäftigten und wechselt noch in diesem Jahr als Vorsitzender in den Aufsichtsrat des Unternehmens.

Erwin Staudt ist außerdem Vorsitzender der Initiative D 21. Unter diesem Kürzel haben sich führende Unternehmen der IT-Branche zusammengeschlossen mit dem Ziel, die Kenntnisse deutscher Schüler im Bereich Informationstechnologie zu fördern. Schirmherr dieser Initiative ist Bundeskanzler Gerhard Schröder. In diesem Zusammenhang hat Erwin Staudt auch angeregt, vorübergehend ausländischen Fachwissen ins Land zu holen. In der Öffentlichkeit wurde dies unter dem Schlagwort green card diskutiert.

Erwin Staudt ist auch seit Juli 2003 Präsident des VfB Stuttgart.

Die Talkshow findet statt am 10. Oktober 2003 um 20 Uhr im Bürgerhaus in Unterweissach. Stargast des Abends ist natürlich der IBM-Aufsichtsratschef. Aber es wird kein „Vortrag mit anschließender Diskussion“ werden, sondern ein lebendiges Zwiegespräch zwischen dem Ehrengast und dem Publikum. Die Besucher werden Informationen über ein Weltunternehmen bekommen. Sie werden einen Wirtschaftsboss kennen lernen, der nie

ein Blatt vor den Mund genommen hat. Natürlich wird es um die Standortbedingungen in Deutschland gehen, selbstverständlich wird die Reformpolitik der Bundesregierung kritisch beleuchtet werden und ganz sicher wird der Deutschlandchef einer Weltfirma auch einen Blick in die Zukunft der Informationstechnologie werfen.

So werden auch Computerfreaks auf ihre Kosten kommen.

un

Erwin Staudt

Aufsichtsratsvorsitzender
IBM Deutschland GmbH

Erwin Staudt wurde am 25. Februar 1948 in Leonberg geboren. Er studierte Wirtschaftswissenschaften an den Universitäten Stuttgart und Freiburg. Sein Examen als Diplom-Volkswirt legte er 1973 ab.

Erwin Staudt trat 1973 in die IBM Deutschland ein. Seine erste Aufgabe als Führungskraft übernahm Erwin Staudt 1982 in Stuttgart. Dort war er als Vertriebsleiter zuständig für die baden-württembergischen Kunden in den Bereichen Finanzverwaltung, Sozialversicherungen und Energieversorgung. Es folgte die Position des Leiters Marketingprojekte in der Hauptverwaltung, daran anschließend die Aufgabe eines Assistenten beim Geschäftsführer Marketing und Services.

Von 1986 bis 1989 leitete Erwin Staudt die Berliner Niederlassung der IBM. 1989 übernahm er als Generalbevollmächtigter die Leitung des Bereichs Kommunikation/Öffentlichkeitsarbeit in der Stuttgarter Hauptverwaltung. Von Juli 1992 bis Ende 1993 war er für das gesamte PC-Geschäft in Deutschland verantwortlich. Im Januar

1994 wurde Erwin Staudt Leiter des Vertriebs und in dieser Aufgabe zum Geschäftsführer der IBM Deutschland Informationssysteme GmbH bestellt.

Im Oktober 1994 ging Erwin Staudt zunächst als General Manager für Competitive Marketing, dann als Vice President Marketing in die europäische Zentrale der IBM nach Paris. Von Juli 1995 bis Oktober 1998 war er weltweit verantwortlich für die Geschäftsbereiche "Grundstoffindustrie" und "Petroleum". Vom 1. November 1998 bis zum 14. Januar 2003 war Erwin Staudt Vorsitzender der Geschäftsführung der IBM Deutschland GmbH. Er übernimmt den Aufsichtsratsvorsitz der IBM Deutschland GmbH.

Seit 1999 ist er außerdem Vorsitzender der Initiative D21, eine Partnerschaft von 300 privaten und öffentlichen Institutionen mit dem Ziel, den Wandel Deutschlands von der Industrie zur Informationsgesellschaft zu beschleunigen. Erwin Staudt ist Mitglied im Aufsichtsrat der Krone GmbH, Berlin sowie Mitglied des Beirats der Deutsche Bank AG in Berlin; der Allianz Versicherung AG in Stuttgart und der Hamburg-Mannheimer Versicherungsgesellschaften, Hamburg.

Erwin Staudt ist verheiratet und hat drei Kinder.

Die Pisa-Studie und ihre Ursachen!

Die Ursachen sind nun aufgeklärt.
Die ultimative soziohistorische Ursachenanalyse zum schlechten Abschneiden des deutschen Schulsystems liegt nun vor.

Es folgen Auszüge aus der Originalfassung der Ursachenanalyse !!

1960 Realschule

Ein Bauer verkauft einen Sack Kartoffeln für DM 50,-. Die Erzeugerkosten betragen DM 40,-. Berechne den Gewinn !

1970 Sekundarschule

Ein Bauer verkauft einen Sack Kartoffeln für DM 50,-. Die Erzeugerkosten betragen vier Fünftel des Erlöses.

Wie hoch ist der Gewinn des Bauern?
Rechenschieber nicht erlaubt!

1980 Korrektur der Formulierung (Neuaufgabe)

Ein/e Bauer/in verkauft eine/n Sack/in Kartoffeln/innen einem/er Kunden/in für DM 50,-. Die Erzeuger/innen -kosten betragen vier Fünftel/innen des Erlöses. Wie hoch ist der/die Gewinn/in des/der Bauern/in?
Keine Taschenrechner/innen verwenden !

1990 Gymnasium

Ein Agrarökonom verkauft eine Menge subteraner Solanum tuberosum für eine Menge Geld (=G). G hat die Mächtigkeit 50. Für die Elemente aus $G=g$ gilt $g=0$. Die Menge der Herstellungskosten (=H) ist um zehn Elemente weniger mächtig als die Menge G. Zeichnen Sie ein Bild der Menge H als Teilmenge G und kennzeichnen Sie die Lösungsmenge X gemäß folgender Frage:
Wie mächtig ist der Gewinn.

1995 Freie Waldorfschule

Male ein Sack Kartoffeln und singe ein Lied dazu

1999 Integrierte Gesamtschule

Ein Bauer verkauft einen Sack Kartoffeln für EUR 50,-. Die Erzeugerkosten betragen EUR 40,-. Der Gewinn beträgt EUR 10,-. Unterstreiche das Wort „Kartoffeln“ und diskutiere mit deinen Mitschülern aus den anderen Kulturkreisen darüber.
Waffen sind dabei nicht erlaubt!

2005 Schule (nach der Bildungs- und Rechtschreibreform)

ein agrarinschinör fergauft ein sagg gartoffeln für 25 euro. die kosden bedragen 5 euro. der gewinn bedregt 20 euro.
aufgabe: margire den term gardoffeln und maile die lösung im pdf-format an:
klasse2a@schule.europa

Jor 2010

sorrie, es gipt kaine gardoffeln mehr !
nur noch pom frit bei mec donnelts !
es lebe der fortschridd !

Freitag 10. Oktober 2003

20.00 Uhr

Bürgerhaus Unterweissach



Die SPD
Weissacher Tal
lädt ein zu einem
Managergespräch über IBM,
Agenda 2010, Sozialinfarkt,
Raubtierkapitalismus und IT-Euphorie

**Sanierungsfall
Deutschland AG??**

AUF DEM ROTEN STUHL:

Erwin Staudt

Aufsichtsratschef von IBM Deutschland
Vorsitzender der Initiative D 21, Präsident des VfB Stuttgart